

# Presseinformationen

30.01.2026 | Umwelt

## Anne Riecke zu TOP 32 "Bedeutung negativer Emissionen und biogener Kohlenstoffketten"

In ihrer Rede zu TOP 32 (Bedeutung negativer Emissionen und biogener Kohlenstoffketten) erklärt die umweltpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**:

„Die Koalition legt uns einen Antrag zur Bedeutung negativer Emissionen und biogener Kohlenstoffketten vor. Auf den ersten Blick klingt das modern, wissenschaftlich und zukunftsgewandt. Und ja, es ist richtig, dass wir uns mit der Frage beschäftigen, wie mit unvermeidbaren Restemissionen umzugehen ist. Niemand bestreitet, dass CO<sub>2</sub>-Bindung – ob durch Moore, Wälder oder technologische Verfahren – eine Rolle in der globalen Klimapolitik spielen kann.“

Aber genau hier beginnt der Punkt, an dem wir als Freie Demokraten sehr deutlich widersprechen müssen. Denn dieser Antrag sollte nicht isoliert betrachtet werden. Er ist Teil einer Klimapolitik der Landesregierung, die auf ein Klimaneutralitätsziel bis 2040 setzt – und damit bewusst einen regionalen Sonderweg einschlägt. Einen Sonderweg, den wir für falsch, für riskant und für wirtschaftlich gefährlich halten.

Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. CO<sub>2</sub> kennt keine Landesgrenzen, keine Kreisgrenzen und auch keine Landesverfassungen. Wer ernsthaft glaubt, Schleswig-Holstein könne durch besonders ambitionierte Alleingänge das Weltklima retten, verkennt die Realität – oder nimmt billigend in Kauf, dass Unternehmen, Landwirte und Bürgerinnen und Bürger im Land die Zeche zahlen. Das Ziel der Klimaneutralität 2040 liegt fünf Jahre vor dem Bundesziel und zehn Jahre vor dem europäischen Ziel. Damit setzt sich Schleswig-Holstein bewusst von nationalen und europäischen Rahmenbedingungen ab. Das ist kein Vorbild, das ist ein Sonderweg – und Sonderwege im Klimaschutz führen nicht zu mehr Effektivität, sondern zu Wettbewerbsnachteilen, Verlagerungseffekten und Akzeptanzproblemen.

Der vorliegende Antrag verschärft dieses Problem zusätzlich. Denn er suggeriert, man könne ambitionierte Zielsetzungen dadurch absichern, dass man künftig auf negative Emissionen setzt. Das ist aus unserer Sicht hochproblematisch und nicht ausreichend. Viele der genannten Maßnahmen – Moorvernässung, Aufforstung, biogene Nutzung – sind wichtig, aber sie haben begrenzte Potenziale, lange Zeiträume und teils massive Nutzungskonflikte. Die BECCUS Studie 2025 von MVV Energie AG kommt nicht ohne Grund zu dem Schluss, dass Negativemissionen in den EU-Emissionshandel integriert und Regulierungs- sowie Finanzierungsrahmen für eine CO<sub>2</sub>-

Infrastruktur entwickelt werden müssen. Wer heute politische Ziele formuliert, die nur erreichbar sind, wenn morgen Technologien oder Flächen in großem Umfang verfügbar sind, betreibt Politik auf Hoffnung statt auf belastbarer Grundlage.

Außerdem sind biogene Kohlenstoffketten kein Selbstläufer. Sie werfen komplexe Fragen auf: Flächennutzung, Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, Eigentumsrechte, Akzeptanz bei Landwirten und Waldbesitzern. Das wird im Antrag kaum thematisiert. Stattdessen wird der Eindruck erweckt, als sei das ein nahezu konfliktfreier Lösungsweg. Klimaschutz muss außerdem realistisch sein. Wir wollen Innovation ermöglichen und nicht durch politische Zielvorgaben erzwingen. Wir wollen europäische und nationale Instrumente stärken, nicht durch landespolitische Alleingänge unterlaufen. Was wir in diesem Antrag vermissen, ist eine ehrliche Kosten-Nutzen-Abwägung. Was kostet dieser Weg die Menschen im Land? Was bedeutet er für Industrie, Mittelstand, Landwirtschaft? Und welche Effekte hat er tatsächlich – auch und vor allem global betrachtet?

Die FDP sagt klar: Ja zu Klimaschutz. Ja zu Forschung und Innovation. Ja zu CO<sub>2</sub>-Bindung, wo sie sinnvoll und effizient erfolgt. Aber nein zu einem Klimaneutralitätsziel 2040, das Schleswig-Holstein isoliert, wirtschaftlich schwächt und politische Erwartungen weckt, die am Ende kaum erfüllbar sind. Wir brauchen keinen Wettbewerb der ambitioniertesten Landesziele, sondern einen verlässlichen, abgestimmten Rahmen auf Bundes- und EU-Ebene. Alles andere ist Symbolpolitik – und Symbolpolitik hilft weder dem Klima noch den Menschen in Schleswig-Holstein.“

Rede zu Protokoll gegeben!



**Anne Riecke**

Sprecherin für Bildung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd, Verbraucherschutz, Religion, Minderheiten, Umwelt, Klimaschutz

**Kontakt:**

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.  
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

[fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de)

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel  
E-Mail: [fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de), Internet: [www.fdp-fraktion-sh.de](http://www.fdp-fraktion-sh.de)